„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

20. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 20. Juli 1927. | 16 Seiten | Nummer 37.

Lucien Cannon über nationale Politik.

Glänzende Rede in Regina-Versammlung.

Premier Gardiner gegen progressive Konvention.

Die liberalen Grundsätze in Land und Provinz.

Regina. — In der City Hall fand eine Versammlung der Liberalen unter dem Vorsitz von P. M. Anderson, K.C., statt. Einer der Redner war F. N. Darke, das frühere M. P. für Regina. Ihm folgte Premier Gardiner, der sagte, es seien sehr wichtige politische Ereignisse in den letzten Monaten in dieser Provinz vorgekommen, besonders während der letzten Wochen. „Wir, in der Provinz von Saskatchewan", führte er aus, „haben in den letzten sechs Monaten bemerkt, daß ein Feldzug durchgeführt wurde, der in der Stadt Regina eine der größten politischen Demonstrationen hervorgerufen hat, eine Demonstration gegen die Regierung der Provinz und die canadische Regierung, über Dinge, die getan werden sollten und nicht getan wurden und über Dinge, die nicht getan wurden und getan werden sollten. Wir sollten eine Versammlung von 5000 Personen im Stadium der Stadt Regina haben. Ich war sehr erstaunt, als ich, in dieser Woche außerhalb der Stadt weilend, in der Presse bemerkte, daß die Versammlung in der City Hall abgehalten werden sollte, und daß, als sich die Delegaten versammelten, ihrer etwa 65 waren, und daß die größte Delegation 250 Mann stark war. Dieser Umstand allein demonstrierte den Bürgern von Saskatchewan, ebenso der Dominion etwas — und zwar: daß der Tag des „werde schnell reich-Politikers" in der Provinz von Saskatchewan vorüber ist."

Der Premier bemerkte, dann, daß im Jahre 1917 eine gewisse Gruppe Leute in der Provinz, —einige von ihnen waren nicht einmal Bürger der Dominion — es unternahmen, eine neue politische Partei zu organisieren, und sie „Non-Partisan League" nannten. Sie gingen in den südlichen Teil der Provinz, und sammelten $70,000 gutes Geld, und Noten von Farmern von etwa einem Dutzend Wahlkreisen, und sie wählten nicht ein einziges Mitglied der Legislatur. Ein Mann, der als einer ihrer Kandidaten gewählt wurde, wurde zurückgestellt, weil er seinerzeit die Nomination aller Parteien erhalten hatte. In der darauf folgenden Wahl von 1921 ging dieselbe Gruppe von Männern nach dem nördlichen Teile der Provinz, sammelte eine gleiche Summe Geldes, stellte eine ähnliche Zahl von Kandidaten auf, ohne auch nur ein Mitglied der Legislatur zu wählen. Ein Redner erklärte, wenn sie eine Regierung, bestehend aus der Non-Partisan League, zustande brächten, sie schon binnen 12 Monaten Binder kaufen könnten zu $75.00 das Stück. Dieser selbe Herr verkaufte den Farmern in der Nachbarschaft Binder zu $300.00.

„Ein Mann nach dem andern fragte, wer der Präsident der Organisation gewesen ist, die letzte Woche eine Versammlung abgehalten hat und er sagte ihnen, dies sei ein Rechtsanwalt aus Regina gewesen. „Das ist aber ulkig", meinten sie, „wir haben nie etwas von ihm gehört." Wer ist der Sekretär? fragten sie und ich würde sagen: „ein Rechtsanwalt aus Regina."

Die fünf Rechtsanwälte, die für die Konferenz der letzten Woche im Interesse der Farmer verantwortlich waren, hatten gerade soviel Interesse für die Farmer, als der Durchschnittsmensch, der die Qualifikation ebendieser Leute besaß. Diese Männer riefen eine Konvention zusammen, um die Farmer dieser Provinz aufzurühren, und das Resultat war, das gleiche, das irgend eine Gruppe von Männern erreicht hätte, die unter den gegenwärtigen Zuständen in der Provinz Saskatchewan aus ähnlichen Motiven gehandelt hätte.

„Darauf muß man seine Aufmerksamkeit lenken. Denn ein solcher Feldzug wird nicht nur in den ländlichen Wahlkreisen unternommen, sondern auch in den städtischen Zentren und wird, wie ich glaube, auch eben jetzt ausgeführt und wieder einmal von Leuten, die nicht einmal hiesige Bürger sind, die aber Geld von unseren Bürgern sammeln mit dem Hinweis, daß sie dem Volke etwas Gutes damit erweisen wollen. Nachdem ich diese Bemerkungen gemacht habe, will ich nur sagen, daß nach allem, was ich bis jetzt in dieser Provinz erfahren habe, ich zu der Entscheidung kam, daß es ganz unnütz ist für irgendeinen Liberalen in der Provinz von Saskatchewan, die Redensarten, die in der letzten Woche laut wurden, zu beantworten. In der Tat sagte einer der Redner, daß Meinungen keinen Wert haben, daß man auf Meinungen nichts bauen können. Wenn dies nun wahr ist, warum haben wir da eigentlich Versammlungen? Warum besprechen wir öffentliche Fragen? Ist es nicht darum, um unseren Meinungen Ausdruck zu geben? Ich will feststellen, daß all diese Männer, die heute hier auf der Plattform stehen, nicht voreingenommene Meinungen haben. Diese Männer, die nun im öffentlichen Leben Canadas stehen, sei es in der liberalen oder in der konservativen Partei, so wie ich sie von einem Ende dieses Landes zum andern angetroffen und kennen gelernt habe, sind alle durchdrungen von dem Motiv, was zum Wohle Canadas geschehen könnte. (Beifall). Wir sind zwar in unseren Methoden verschieden, aber wir haben alle das Wohl und die möglichste Entwicklung der Dominion, von einem Ozean zum andern im Auge."

Hon. Gardiner verwies auf einige Gründe, warum die Gruppe, die so klein gewesen ist, sagte, vor vier Jahren da hätte man sehr leicht das ganze Auditorium mit Progressiven füllen können. „Das war so, weil die Männer damals von Motiven getrieben wurden, an die sie glaubten, erfüllt von Prinzipien, an die sie glaubten." Daß da kein definitives Programm mehr vorhanden ist, bewies die vorige Woche. Ein Herr, der nicht aus dieser Provinz kam, H. W. Wood, sagte, er hätte sehr wenig für Plattformen übrig; denn nachdem sie eine Plattform bestiegen, fragte dann immer eine Menge Leute nach Dingen, die von der Plattform aus definitiver gesagt werden sollten. Der Vor-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Furchtbare Stürme in Württemberg.

Berlin. — Das Unwetter, das das sächsische Erzgebirge verwüstet hat, wütet weiter. Mit Wolkenbrüchen und Stürmen ist es nun über Württemberg hergefallen, und schon treffen Hiobsmeldungen von schwerem Schaden, der angerichtet ist, ein.

Die Hauptstadt Stuttgart ist überschwemmt. Die Wasser des Neckars sind weit über ihre Ufer getreten und wälzen sich mit furchtbarer Gewalt über das fruchtbare, von Rebenhügel umrahmte Neiselbachtal, das mit seiner Nordostecke an den Fluß stößt.

Meldungen von großer Verheerung kommen aus Freudenstadt im Schwarzwaldkreis. Ueber die 729 Meter über dem Meeresspiegel gelegene Stadt hat das Unwetter sich mit rasender Schnelligkeit entladen. Das nicht weit davon gelegene staatliche Eisenwerk Christophtal ist unter Wasser gesetzt und droht zu ertrinken.

Den großen Reichtum der Gegend machen die herrlichen Wälder aus. Schon sind von den Gewitterstürmen 15.000 Festmeter Holz niedergemäht worden.

* * *

Wetterkatastrophen in Schweden.

Umea. — Heftige Gewitterstürme haben über dem nördlichen Küstengebiet Schwedens gewütet und schwere Waldbrände verursacht. Auch die hydro-elektrischen Kraftstationen haben Schaden genommen, wobei der Blitz oft in die Generatoren schlug.

Aus den Wetterberichten ergibt sich, daß Schweden seit unvordenklichen Zeiten nicht so viel Regen gehabt hat wie im Laufe dieses Frühjahrs. Das Wachstum fast aller Früchte des Feldes ist zu mindestens um 2 Wochen zurückgeblieben und nur ein warmer Sommer kann das Land vor einer mangelhaften Ernte retten. In ganz Süd-Schweden hat es starke Ueberschwemmungen gegeben und Straßen sowie Eisenbahndämme sind unterspült worden. Vielerorts mußten Fabriken stillgelegt werden.

Hunderte von Erdbebenopfern in Palästina.

Nachrichten, die aus Jerusalem der Jüdischen Telegraphen-Agentur übersandt wurden, besagen, daß nach den bisher zusammengestellten Zahlen bei einem in Palästina und Transjordanien stattgefundenen Erdbeben 670 Personen getötet und 3000 verletzt wurden. Der Sachschaden wird auf $2,000,000 geschätzt.

Die betroffenen Gebiete sollen Schlachtfeldern ähnlich sein. Tausende von Zelten wurden aufgestellt, um den obdachlos gewordenen Familien Schutz zu bieten, während von Jerusalem und Tel-Aviv Lebensmittel für die Notleidenden nach den betroffenen Gegenden gesandt werden.

Die samaritische Ortschaft Nablus, von der nur zwei Straßen übrig geblieben sind, hat die Juden um Hilfe ersucht.

Zwei Synagogen, die eine in Jerusalem und die andere in Tiberien, wurden zerstört. In mehreren Orten Palästinas wurden die Moscheen der Muselmänner und die Regierungsgebäude beschädigt. Das Haus des britischen Vertreters in Annam, der Hauptstadt von Transjordanien, wurde vollständig zerstört. Die Kirche zum Heiligen Grabe, sowie die griechische Chorkapelle und zwei große Dome wurden beschädigt.

Nablus, die altertümliche, dreißig Meilen nördlich von Jerusalem gelegene Stadt, und andere Ortschaften im Heiligen Lande, glichen Stätten der Toten, wie ein Bericht erklärt, der aus jener Gegend in Jerusalem einlief.

Der Verlust, der an öffentlichen und Privatgebäuden als Folge des Erdbebens erlitten wurde, ist nach einer vorläufigen Schätzung mit $1,250,000 angegeben worden.

Blutige Unruhen in Wien

Mit Waffengewalt von Polizei und Truppen niedergeschlagen.

Hunderte von Toten und Verwundeten bei den Straßenkämpfen.

Generalstreik in ganz Deutsch-Oesterreich.

Aus der Fülle der in den letzten Tagen eingelaufenen Nachrichten greifen wir folgendes heraus:

Wien, 15. Juli. — Eine aufrührerische Menge versammelte sich heute auf dem Schmerling Platz vor dem Justizpalast. Als die Menge sich weigerte, auseinander zu gehen, gab die Polizei Feuer. Der Aufruhr ergriff andere Teile der Stadt, die Lage wurde bedenklich. Nach Angabe von Sozialisten schoß jemand aus einem Hause in Lichtenfels-Straße und verwundete einen Arbeiter, der bewußtlos niederstürzte. Sofort rottete sich eine Menge zusammen und stürmte das Haus, um den Angreifer an einem Laternenpfosten aufzuhängen. Nur die Ankunft sozialistischer Wachen rettete ihn. In ganz Wien erschallen Rufe „Revolution". Als die Polizei feuerte, suchte das Volk das Rathaus zu erstürmen. Vorher steckte der Pöbel das Gerichtsgebäude in Brand und verbrannte Schriftstücke des Justizministeriums. Sie gingen dann in Stellungen, um eine Annäherung der Feuerwehr an das brennende Gebäude zu verhindern.

Eine unbestätigte Depesche aus Wien von 1.35 Uhr heute Nachmittag sagt, daß der Platz vor dem Rathaus mit Toten und Verwundeten bedeckt ist. Die Polizei hatte abermals auf die Aufrührer gefeuert.

Eine führerlose Menge verübte in der Nähe der Parlamentsgebäude Ausschreitungen. In der Nähe des Burgtheaters und des Rathauses feuerte die Polizei von neuem. Die Menge wurde von Schrecken erfaßt. Nach einer Meldung von 2 Uhr erschien von der Regierung berufenes Militär mit Maschinengewehren an der Stätte der Unruhen. Um 2.15 Uhr, nachdem sozialistische Führer die Unruhen nicht zu stillen vermochten, richtete die Polizei Maschinengewehre auf die Aufrührer.

Berlin, 16. Juli. — Aus Innsbruck in Tirol verlautet heute, daß Militär, Gendarmerie und Polizei in ganz Oesterreich in Bereitschaft gehalten werden. Eine allgemeine Streikbewegung hat die Provinzen ergriffen. Die Eisenbahner in Tirol legten heute früh die Arbeit nieder; alle Züge kamen zum Stillstand. Die Verbindung ist durch Zensur stark behindert.

Ein Augenzeuge, der um Mitternacht aus Wien in Prag eintraf, sagt, die Lage sei einem Bürgerkrieg nahe. Sie werde noch schlimmer, wenn die Bundesregierung und die Wiener Sozialisten zu keiner Verständigung gelangten.

Der Generalstreik zieht das ganze Land in Mitleidenschaft. Er wurde zur Unterstützung der Vergeltungsmaßnahmen der Sozialisten wegen des Freispruchs österreichischer Faschisten, die des Mordes angeklagt waren, erklärt. Der Justizpalast ist vollständig abgebrannt. Das Ministerium beschloß möglichst baldige Einberufung des Parlaments. Die Sozialisten fordern eine Umbildung der Regierung. Wie man glaubt, wird unter Beteiligung der Sozialisten ein Koalitionskabinett geschaffen werden. Bisher erschien in der Krise noch kein Führer. Die Erbitterung zwischen Sozialisten und ihren Gegnern nahm seit dem Krieg stetig zu. Der Freispruch der Faschisten lieferte den nötigen Funken für eine Demonstration. Eine seltsame Lage entstand, als sozialistische Führer die wütende Menge zum Abzug zu überreden suchten. Die Wiener Stadtverwaltung ist sozialistisch. Die österreichische Regierung steht unter Leitung von Dr. Ignaz Seipel, des Führers der Christlich-Sozialen. Die Aufrührer hörten nicht auf ihre nominellen Führer, sie beschuldigten sie vielmehr des Verrats.

London, 16. Juli. — Nach Wiener Depeschen waren die Kämpfe gestern Abend noch im Gange. Ein Berichterstatter schildert Vorfälle, die er sah. Ein Pöbelhaufe, sagt er, griff eine Polizeiwache hinter dem Parlamentsgebäude an. Die Polizei floh, vom Pöbel durch die Seitengassen verfolgt. Jeder Schutzmann, welcher der Menge in die Hände fiel, wurde erbarmungslos getötet. Plötzlich erschien eine große Abteilung berittener Polizei und machte einen regelmäßigen Kavallerieangriff. Arbeiter errichteten schnell durch Motorwagen, Leitern und Baumaterial Barrikaden. Der berittenen Polizei folgten Schutzleute zu Fuß, die aus Revolvern ein Schnellfeuer gegen die Aufrührer eröffneten.

Berlin, 16. Juli. — Berichten zufolge besetzten Aufrührer die Aspern-Flughalle in Wien und ließen keine Aeroplane aufsteigen. Die deutsche Regierung wies darauf Graf Lerchenfeld, ihren Gesandten in Oesterreich, an, schleunigst aus München nach Wien zu reisen. Der Gesandte war auf Ferien in München. Er hat die Freigabe der deutschen Aeroplane zu verlangen. Lerchenfeld bestieg in München ein Passagierflugzeug der Lufthansa und eilte nach Wien. Beamte der Gesellschaft verweigerten zuerst seine Aufnahme, weil der Luftverkehr zwischen München und Wien eingestellt sei. Lerchenfeld erklärte sich aber bereit, sich der Gefahr auszusetzen und der Aeroplan stieg auf. Einem Bericht zufolge entging nur ein Flugzeug, ein französischer Aeroplan, dem Volkshaufen von Aspern.

Wien. — Die Ausschreitungen begannen als nach Verkündigung des Freispruches in einem Strafprozeß gegen Kriegsveteranen, die der Ermordung eines Sozialisten in einer Rauferei im Januar d. J. in Schattendorf angeklagt waren, eine große Menschenmenge in den Justizpalast eindrang, Fenster zerschmetterte, die Einrichtung demolierte und schließlich Aktenbündel aus der Registratur auf die Straße warf, die dort verbrannt wurden.

Die wildesten Ausschreitungen ereigneten sich auf der Ringstraße. Der Bundesrat sah sich genötigt, seine Sitzung im Parlamentsgebäude zu schließen, als mehrere Fenster zerschmettert wurden. Die meisten Fabriken stellten den Betrieb ein.

Die Polizeistation in der Nähe des Rathauses wurde in Brand gesteckt. Als die Arbeiter die Fabriken verließen und die Zahl der Demonstranten verstärkten, nahmen die Unruhen einen bedenklichen Umfang an. Gegen Abend errichtete die Menge in den Straßen Barrikaden und bewarf die Polizei mit Steinen.

Die Behörden ermächtigten die Polizei alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen zu ergreifen.

Während der Ausschreitungen wurden auch die Gebäude der „Wiener Neuesten Nachrichten" und der christlich-sozialen Zeitung „Reichspost" beschädigt.

Kleinere Zusammenstöße ereigneten sich in verschiedenen Teilen der Stadt, während ein Pöbelhaufen sich vor dem italienischen Botschaftsgebäude ansammelte und „Nieder mit Mussolini! Nieder mit dem Faschismus!" rief.

Letzte Nachrichten.

Nach den letzten Wiener Meldungen ist der Sonntag ohne ernste Ruhestörungen verlaufen, so daß die Seipelregierung die Unruhen der letzten Tage glücklich überstanden zu haben scheint. Sie trägt sich nicht mit der Absicht, vom Amte zurückzutreten, wie es von sozialistischer Seite gefordert wurde, sondern wird vielleicht nur den Sozialdemokraten eine Vertretung im Kabinett einräumen. Kanzler Dr. Seipel will mit den strengsten Maßnahmen die Ordnung so schnell als möglich wieder herstellen.

Der Generalstreik ist widerrufen worden, sodaß Eisenbahnen, Post, Telegraph und Telephon am Montag wieder in Tätigkeit treten konnten.

Eine Sitzung des österreichischen Parlaments wird wahrscheinlich alsbald einberufen werden.

Nach den ersten Berichten sollen bei den Unruhen 250 getötet und tausend verwundet worden sein, während nach späteren Zusammenstellungen die Zahl der Toten sich auf etwa fünfzig und die der Verwundeten auf mehrere hundert beläuft.

Bürgermeister Seitz, der sozialistische Führer Bauer und der frühere Kanzler Dr. Renner haben mit Bundeskanzler Dr. Seipel Verhandlungen geführt, um die Ursachen für weitere Ruhestörungen aus dem Wege zu räumen und, wenn möglich, eine Umbildung des österreichischen Kabinetts zu erzielen.

Der Streit um die Seerüstungen

Großbritannien in Genf isoliert.

Doch noch Aussichten auf Gelingen der Konferenz?

Genf. — Die erste Plenarsitzung der Dreimächtekonferenz zur Beschränkung der Rüstungen zur See, welcher von den Beobachtern mit so großer Spannung entgegengesehen worden war, wurde beendet, ohne daß die Unterhandlungen abgebrochen wurden, wie man befürchtet hatte. Alle gehaltenen Reden waren auf einen sehr gemäßigten Ton gestimmt und die Redner ließen die Hoffnung durchblicken, daß die Konferenz schließlich doch ein erfolgreiches Ende finden werde.

Der britische Marineminister W. C. Bridgeman sagte, die britische Delegation habe auf der Abhaltung einer öffentlichen Sitzung bestanden, weil sie Grund hatte anzunehmen, daß von gewisser Seite der Versuch gemacht werde, durch falsche Darstellung des britischen Falles die Atmosphäre der Konferenz zu verderben. Für diesen Mißton mache er Parteien verantwortlich, die sich über den Fehlschlag der Konferenz freuen würden.

Er erklärte, selbst wenn es nicht möglich sein sollte, über die Kreuzer zu einer Verständigung zu kommen, würde es wertvoll sein, eine Vereinbarung über Zerstörer und Tauchboote zustande zu bringen. Der britische Marineminister führte dann aus, daß die britische Kriegsflotte eine größere Anzahl Kreuzer benötige und daß deren Mindestzahl 70 betragen müßte. Den gleichen Standpunkt hatte vor Bridgeman Admiral Jellicoe vertreten und bemerkt, es wäre im Hinblick auf die Verantwortlichkeit, die die britische Flotte dem Mutterlande und den Dominien gegenüber tragen müsse, sehr schwierig, die genannte Anzahl von Kreuzern zu reduzieren.

Bridgeman beschuldigte die Ver. Staaten, in der ganzen Seeabrüstungsfrage die Front geändert zu haben. In den Sitzungen der Abrüstungs-Vorbereitungskommission hätten die Ver. Staaten den britischen Antrag, bei Beschränkung der Seerüstungen die einzelnen Schiffsklassen separat zu berücksichtigen, unterstützt, während sie jetzt auf einer totalen Höchsttonnage beständen. Eine derartige Flottenbeschränkung wäre unpraktisch. Nur wenn eine Höchsttonnage für jede Schiffsklasse festgesetzt werde, sei die Garantie gegeben, daß jede Nation genau über die Flottenstärke der anderen Länder unterrichtet sei.

Bridgeman wiederholte dann den britischen Vorschlag, die Höchsttonnage und das Kaliber der Geschütze der Großkampfschiffe zu reduzieren und machte für diesen Antrag Sparsamkeitsgründe geltend. Er erklärte dann, Großbritannien sei willens, in der Kreuzerfrage Zugeständnisse zu machen und sich mit einer Höchsttonnage von 400,000 Tonnen zufrieden zu geben. Er fügte hinzu:

„Wir machen den Ver. Staaten das Recht nicht streitig, darauf zu bestehen, daß sie die Anzahl Kreuzer besitzen, die sie nach ihrem Urteil notwendig haben, aber wir sollten dasselbe Recht haben."

Bridgeman erklärte hierauf, daß Großbritannien gegen eine gleiche Flottenstärke mit den Ver. Staaten nichts einzuwenden habe. Man habe Großbritannien vorgeworfen, daß es versuche, sich die Vorherrschaft zur See zu sichern, während es doch nur seine Handelsstraßen zur See schützen wolle.

Der japanische Delegat Ischii bemerkte, obwohl Japan dafür eintrete, daß die Hilfskriegsschiffe für Zwecke der Rüstungsbeschränkung in zwei Kategorien, nämlich in Ueberwasserschiffe und in Tauchboote eingeteilt werden, sei es doch bereit, der beantragten Einteilung der Kreuzer in zwei Klassen zuzustimmen. Der amerikanische Kompromißvorschlag, die Totalhöchsttonnage für Ueberwasserschiffe mit 450,000 bis 550,000 Tonnen festzusetzen, erscheine Japan zu hoch. Es beantrage eine Total-Höchsttonnage für diese Kategorien der Hilfskriegsschiffe von je 450,000 Tonnen für Großbritannien und die Ver. Staaten und von 300,000 Tonnen für Japan und eine Begrenzung der Anzahl von Kreuzern der 10,000 Tonnen-Klasse auf je 10 oder weniger für Großbritannien und die Ver. Staaten und auf 7 oder weniger für Japan.

Der amerikanische Hauptdelegat H. S. Gibson, der den Vorsitz führte, gab in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß in der Konferenz eine Verständigung über die den Delegaten vorliegenden Probleme erreicht werden wird. Er sagte, der japanische Vorschlag bezüglich der Kreuzer entspreche in der Hauptsache dem amerikanischen Antrag, aber angesichts der von dem britischen Marineminister befürworteten Bedürfnisse Großbritanniens sei es schwer, hierüber eine Vereinbarung zu treffen.

Gibson erklärte, die Ver. Staaten bestehen auf einer niedrigen Totalhöchsttonnage, einerseits, um die Steuerbürden zu erleichtern, und andererseits, um zu verhüten, daß die Kriegsflotten ausgedehnt anstatt eingeschränkt werden. Die eigentliche Aufgabe, der sich die Konferenz gegenübersehe, bestehe darin, eine gemeinsame Basis zu finden, auf der dem Wettrüsten Einhalt getan werden könne. Die Marinebedürfnisse seien relativer und nicht absoluter Natur und die Ver. Staaten halten es nicht für gerechtfertigt, einer hohen Totalhöchsttonnage zuzustimmen, die, anstatt die Steuerbürde zu erleichtern, lediglich dazu dienen würde, eine Flottenerweiterung zu sanktionieren.

Flieger auf Ozeanfahrt.

An Bord des „Leviathan". Nach einer Erholung von den anstrengenden Tagen in Frankreich haben sich die fünf auf der Heimfahrt befindlichen amerikanischen Flieger wieder „in das Vergnügen gestürzt", das eine Ozeanfahrt gewährt, und nehmen an allen Unterhaltungen der Passagiere teil.

Alle Flieger, Byrd, Chamberlin und ihre Kameraden, haben die Bekanntschaft der deutschen Fliegerin Thea Rasche gemacht, die bekanntlich mit der Absicht umgeht, einen direkten Amerika-Deutschland-Flug zu unternehmen. Beim Tanz im Salon hatte Commander Byrd das Vergnügen, die deutsche Fliegerin zur Partnerin zu haben und im „One-Step" nur so mit ihr zu „fliegen" oder hinzuschweben, gleich einem Segler der Lüfte.

Aber auch der Fliegerernst wird nicht außer acht gelassen. Frl. Rasche erhielt bereits ihre ersten Instruktionen über die nordatlantischen Luftströmungen von den amerikanischen Fliegerhelden. Die Einzelheiten solcher verräterischen Strömungen wurden ihr aufs genaueste mit Hilfe der Luftstromkarten in Kapitän Hartleys Posten auf der Brücke erläutert.

Die anziehenden jungen Dame haben bei anziehenden jungen Dame habe bei den meisten Passagieren tiefen Eindruck gemacht, ja man hat ihr schon für den von ihr geplanten Ueberseeflug „Glückliche Fahrt" gewünscht.

Manche Passagiere haben es sich nicht nehmen lassen, für Frl. Thea rasche amerikanische Heirat vorauszusagen, was natürlich heißen müßte, daß der Flug „ins Wasser fallen" werde. Aber da kamen sie schön an! Auf solche Anspielungen erwiderte die Deutsche: „Mein Flugzeug ist mein Geliebter und wird es bleiben."

Weizenernte-Schätzung für Canada.

Ottawa. — Canadas Gesamt-Weizenernte für das Jahr 1927 wird auf 325,075,000 Buschel geschätzt, wovon 305,592,000 Buschel auf die drei Prärieprovinzen und der Rest auf das übrige Canada entfallen.

Spionage zum Schaden der Sowjetregierung.

Moskau. — Nach einer Prozeßverhandlung, während welcher die Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Sowjet-Rußland häufig erwähnt wurden, ist Sergius Trugilowsky unter der Anklage der Spionage und der Herstellung gefälschter Urkunden zum Schaden der Sowjet-Regierung zum Tode verurteilt worden.

Der Staatsanwalt Krannen beschrieb den Angeklagten in seiner leidenschaftlichen vierstündigen Schlußrede als einen Mann, der die vom amerikanischen Bundessenator Borah geleitete Bewegung für Anerkennung der Sowjet-Union in einem Augenblicke zunichte machte, da Borahs Einfluß am größten war. Der Staatsanwalt sagte, der Angeklagte habe Urkunden gefälscht, die die internationale kommunistische Tätigkeit in den Ver. Staaten zeigen sollten und die amerikanische Stimmung gegen die Sowjet-Union beeinflußten, wodurch unabsehbarer Schaden und der Verlust des Ansehens auf den Weltmärkten entstanden seien.

Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, er habe wissentlich an der Explosion in der Sophien-Kathedrale Anteil genommen und, wie der Ankläger sagte, einen Monat vorher eine Urkunde gefälscht, durch die die Verantwortung für die Explosion der kommunistischen Internationale zugeschoben wurde. Ebenfalls mit Hilfe gefälschter Dokumente habe er den Anschein erweckt, als habe die kommunistische Organisation die jugoslawische Armee in Mazedonien zu demoralisieren versucht.

Der Verteidiger beschrieb Trugilowsky als einen schwachen Charakter, der seine Dienste jedem Bieter zu verkaufen willens gewesen sei, ohne bestimmte gegenrevolutionäre Zwecke zu verfolgen. Zu seiner eigenen Verteidigung erklärte der Angeklagte, in Berlin habe ihm Gefängnisstrafe wegen der Dienste gedroht, die er dem polnischen Stabe und der interalliierten Kontrollkommission geleistet habe, und es sei ihm nur übrig geblieben, sich als roter Agent zu bekennen, worauf er aus Deutschland ausgewiesen worden sei. Daraufhin habe er sich entschlossen, seine verderbliche Tätigkeit aufzugeben und sich der Gnade der Sowjetbehörden auszuliefern.

Deutsche Kriegsschiffe vor Danzig.

Berlin. — Danzig hat, zum ersten Mal seit seiner Loslösung von Deutschland und seiner Errichtung zu einer selbständigen Freien Stadt vor sieben Jahren, den Besuch deutscher Kriegsschiffe erhalten. Jubelnd sind die Besucher von der Bevölkerung empfangen worden, der Hafen war festlich geschmückt und in den Straßen wehte neben der roten Staats- und Handelsflagge mit Kreuz und Krone am Flaggenstock das Schwarzrotgold des Deutschen Reiches. Die Klänge der heimischen Nationalhymne „Das ist die Stadt des Bernsteinstrand" vermischten sich mit denen des Deutschlandliedes.

Bei festlichen Veranstaltungen im Rathaus und Zirkushof wurden die besuchenden deutschen Seeleute namens der Behörden von den Präsidenten des Senats und des Volkstags, Dr. H. Sahm und Lic. A. Semrau herzlich begrüßt.

Als zuerst bekannt wurde, daß deutsche Kriegsschiffe Danzig besuchen würden, machte sich von Warschau aus eine gewisse Beunruhigung bemerkbar. Die polnische Regierung hat den Besuch nicht gern gesehen, sich indessen, da er doch nicht verboten werden konnte, allerdings mit sichtlicher Verstimmung in das Unvermeidliche gefügt.

Um das Reichsschulgesetz.

Berlin. — Nach langen Vorverhandlungen und zeitweise recht lebhaften Auseinandersetzungen ist es endlich gelungen, die im Reichskabinett vorhandenen Unstimmigkeiten über das Reichsschulgesetz auszugleichen. Die betreffende Vorlage ist in der nunmehrigen Fassung einstimmig zur Annahme gelangt und wird dem Reichstag unmittelbar nach den Ferien vorgelegt werden.

Damit ist indessen das Endschicksal der Vorlage noch nicht entschieden. Die Deutsche Volkspartei, deren Führer der Außenminister Dr. Gustav Stresemann ist, beharrt auf ihrem oppositionellen Standpunkt. Die Meinungsverschiedenheit bezieht sich in erster Reihe auf die Frage, ob Simultan- oder konfessionelle Schule, eine Frage, in der die Rechte und den Zentrum für die letztere eintreten. Aber der Widerstand der Deutschen Volkspartei würde, da sämtliche außerhalb der Koalition stehenden Parteien gegen die konfessionelle Schule sind, die ihrer Befürchtung nach dem Staat die Kontrolle nimmt, die Vorlage erledigen.